2006/10 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2006/10/der-fruehling-der-patriarchen

Der Frühling der Patriarchen

Von **Markus Bickel**

Im Libanon beraten die wichtigsten Politiker des Landes über Auswege aus der Verfassungskrise. Im Zentrum steht die Zukunft von Präsident Lahoud. von markus bickel, beirut

Die Innenstadt Beiruts wirkte wie ausgestorben. Weiträumig sperrten Soldaten und Sonderpolizisten am vergangenen Donnerstag das mit dem Geld des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri wieder aufgebaute Viertel Solidère ab, spanische Reiter versperrten den Zugang zum Parlamentsgebäude. Wie so oft seit dem Attentat auf Hariri im Februar vergangenen Jahres herrschte Ausnahmezustand in der Mittelmeermetropole. Der Grund war diesmal der Beginn der Gespräche über einen so genannten nationalen Dialog, der neben Hariris Sohn Saad die wichtigsten Politiker des einstigen Bürgerkriegslandes an einen Tisch brachte.

Initiator des Treffens, das einen Ausweg aus der seit Monaten schwelenden Verfassungskrise bringen soll, war Nabih Berri, der schiitische Parlamentspräsident. Es gab schon optimistischere Gastgeber als den einstigen Milizenführer: »Bei einem Scheitern können wir uns nur wünschen, dass Gott Gnade mit diesem Land haben möge und dass wir alle ohne Ausnahme untergehen«, zitierte ihn am Morgen des Tagungsbeginns die Beiruter Tageszeitung al-Safir. Gemeinsam mit dem Generalsekretär der Hizbollah, Hassan Nasrallah, und einigen christlichen Politikern gehört er zu den Opponenten der von Hariri sowie dem Chef der Progressiven Sozialisten, Walid Jumblatt, geforderten Entwaffnung der Hizbollah.

In den vergangenen Monaten war dieses Thema immer wieder Grund für das Aussetzen der Regierungsgeschäfte. Hariri, Jumblatt und der erst vorigen Sommer aus dem Gefängnis entlassene Vorsitzende der Forces Libanaises, Samir Geagea, gehören zur Allianz der »Kräfte des 14. März«, die nach dem Datum der größten Demonstration des kurzen »Beiruter Frühlings« benannt ist. Obwohl deren Ansichten in dieser und in anderen zentralen Fragen bislang weit entfernt waren von denen der pauschal als »prosyrisch« bezeichneten Parteien, bilden Repräsentanten beider Allianzen zusammen die Exekutive.

Die wiederum glänzt seit Dezember vor allem durch Untätigkeit: Erst wiesen Nasrallah und Berri ihre Minister zum Boykottieren der Regierung an, weil Premierminister Fouad Siniora,

ein Gefolgsmann Hariris, sich weigerte, die Uno-Sicherheitsratsresolution 1559 für gültig zu erklären. Diese fordert die Entwaffnung der Hizbollah, der einzigen Miliz aus dem Bürgerkrieg, die nach dem Friedensvertrag von Taif im Jahr 1989 ihre Waffen behalten durfte. Als Ägyptens Präsident Hosni Mubarak und der saudi-arabische König Abdullah sich einschalteten, wurde der Boykott im Januar zwar beendet. Doch nun wollen Hariri und seine Verbündeten nicht mehr mitregieren, solange der prosyrische Präsident Emile Lahoud an den Kabinettssitzungen teilnimmt.

Gründe genug also für ein nationales Krisentreffen, doch nicht nur die pessimistischen Grußworte Berris lassen wenig Gutes erwarten. Schließlich weigert sich Lahoud seit Wochen beharrlich, sein Amt aufzugeben, das er einer verfassungswidrigen Mandatsverlängerung von Herbst 2004 zu verdanken hat. Auch die bei der wahrscheinlich letzten von dem 70jährigen geführten Kabinettssitzung geäußerte Aufforderung seines Schwiegersohns, des Verteidigungsministers Elias Murr, interessierte Lahoud nicht. »Du konntest mich nicht vor dem Sicherheitsregime schützen, dem anzugehören man dir vorwirft«, sagte Murr, der im Juli vergangenen Jahres ein Autobombenattentat überlebte.

Prominente Unterstützung erhält die Allianz zum Sturz Lahouds, die dem ehemaligen General eine Verwicklung in den Anschlag auf Hariri vorwirft, von US-Außenministerin Condoleezza Rice, die Ende Februar einen vorher nicht angekündigten Kurzbesuch in Beirut einlegte. Der Libanon brauche »einen Präsidenten, der nach vorne schaut, nicht zurück, und der Libanons Souveränität verteidigt«, sagte sie, die auf ein Treffen mit Lahoud demonstrativ verzichtete.

Stattdessen traf die US-Außenministerin mit den Führungsfiguren der »Kräfte des 14. März« und mit dem maronitischen Patriarchen Nasrallah Butros Sfeir zusammen. Sfeir gilt als Königsmacher im komplexen, konfessionell austarierten politischen System des Libanon. Da der Präsident dem noch in der französischen Mandatszeit geschlossenen »Nationalpakt« zufolge ein Maronit sein muss, gilt es als Konsens unter den zerstrittenen christlichen Kreisen, dass nur ein Kandidat mit Sfeirs Zustimmung die Nachfolge Lahouds anstreben kann.

Sfeir hat in Interviews in den vergangenen Wochen klargemacht, dass er eine Absetzung des unpopulären Präsidenten prinzipiell unterstütze, allerdings nur, wenn diese auf konstitutionellem Wege erfolge. Da die Regierung im Parlament nicht über die für einen Sturz Lahouds nötige Zweidrittelmehrheit verfügt, ist sie auf Stimmen der schiitischen Parteien angewiesen. Ein Amtsenthebungsverfahren könnte sich entweder auf den Vorwurf des Hochverrats oder des Verfassungsbruchs stützen. Da Lahoud im Herbst 2004 nur durch syrischen Einfluss im Amt bleiben konnte, gilt die zweite Variante als wahrscheinlich.

Damit richtet sich der Blick auf den ehemaligen General Michel Aoun, der erst im Mai vergangenen Jahres nach fast anderthalb Jahrzehnten im Pariser Exil in den Libanon zurückkehrte. Noch nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Taif im Jahr 1989 hatte er sich einem Waffenstillstand widersetzt und wurde erst im Herbst 1990 von syrischen Truppen zur Aufgabe seines Kampfes gegen die Protektoratsmacht aus Damaskus gezwungen. Als die letzten im Libanon verbliebenen syrischen Truppen im April

vergangenen Jahres den Rückzug antraten, kehrte auch Aoun zurück: Sein geschicktes Lavieren zwischen der antisyrischen Opposition um Hariri und Jumblatt und den schiitischen Kräften um Hizbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah und Parlamentspräsident Nabih Berri hat ihn zum populärsten christlichen Politiker avancieren lassen. Trotz seines im Februar geschlossenen, sowohl von den »Kräften des 14. März« als auch von den USA heftig kritisierten Pakts mit der Hizbollah führt an Aoun letztlich kein Weg vorbei, da auch dem christlichen Verbündeten Hariris und Jumblatts, Samir Geagea, der zum Ende des Bürgerkrieges einen erbitterten Kampf gegen Aoun führte, eine Massenbasis fehlt.

So könnte der nationale Dialog vielleicht doch noch eine Einigung bringen, von der alle ihren Nutzen haben. Bis auf die Palästinenser, deren Repräsentanten ohnehin nicht mit am Tisch saßen. Denn um den Vereinten Nationen zu beweisen, dass man zumindest die Resolution 1559 in die Tat umsetzen will, könnten die Ausbildungslager der Palästinenser außerhalb der offiziellen Camps geschlossen werden. Die Hizbollah könnte dann bis auf weiteres ihre Waffen behalten.

© Jungle World Verlags GmbH